

# Nützliche Nachrichten 6/2006

## Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 8. Juli 2006

[dialogkreis@t-online.de](mailto:dialogkreis@t-online.de), [www.dialogkreis.de](http://www.dialogkreis.de)

---

## Der Kommentar

### Bomben und Recht...

Von Ahmet Altan

In unseren Händen befinden sich zwei Unteroffiziere, die wegen eines Bombenanschlages auf ein Geschäft in ihrem eigenen Land und der Gründung einer Bande verurteilt worden sind.

Und wir sind ganz ruhig.

Wir regen uns nicht auf.

Wir sehen darin nichts Merkwürdiges.

Einige von uns betrachten die Verurteilung der Bomben-Unteroffiziere sogar als „Komplott gegen die Armee“.

Denn der in die Luft gesprengte Laden ist in Semdinli und gehört einem Kurden.

Wenn der Laden in Semdinli ist und einem Kurden gehört, kann er gesprengt werden.

Und wenn es heißt, dass der Besitzer etwas mit der PKK zu tun hat, muss er unbedingt gesprengt werden.

Regeln wie das Rechtswesen, das Gesetz, militärische Disziplin, die den Staat zum Staat machen, sind dabei unwichtig.

Es fragt auch kaum jemand danach, wer den Unteroffizieren den Befehl gegeben hat, Bombenanschläge auf Geschäfte zu verüben, oder – wenn sie aus eigenem Antrieb gehandelt haben sollten – wer für die Disziplinlosigkeit in der Armee gerade stehen muss.

Denn fast alle sind wir innerlich davon überzeugt, dass der Staat nicht dazu gezwungen ist, von Rechts wegen zu handeln.

Der „größte Staatsfeind“ ist unserer Meinung nach das Rechtswesen selbst.

Wenn wir dem Recht gemäß handeln, wird unser Staat gespalten.

Deshalb handeln wir nicht rechtsgemäß.

Wir fragen nicht, wer diesen Unteroffizieren den Befehl gegeben hat.

Wir fragen auch nicht, was mit dieser Armee los ist, wenn sie von niemandem einen Befehl bekommen haben.

Wenn ein Staatsanwalt auftaucht, der danach fragt, werfen wir ihn raus.

Und dann führen wir den Prozess mit der Anklageschrift weiter, die dieser entlassene Staatsanwalt verfasst hat.

Wir fragen auch nicht, warum dieser Staatsanwalt entlassen worden ist, wenn seine Anklageschrift rechtens ist, oder wenn sie falsch ist, warum den Unteroffizieren mit eben dieser Anklageschrift der Prozess gemacht wird.

Das sind Fragen, die der Logik und dem Recht entsprechen.

Recht und Logik sind dagegen Feinde unseres Staates.

Ohne Recht und Logik ist unser Staat stabil.

Mit ihnen zerbricht unser Staat.

Wahrscheinlich werden wir der erste Staat auf der Welt sein, der am Recht zerbricht.

Wir hassen die Europäische Union dafür, dass sie uns auffordert, uns an das Recht zu halten.

„Wenn sie Freunde wären, würden sie uns dann auffordern, uns an das Recht zu halten? Wissen sie denn nicht, dass die Türkei zerbricht, wenn wir uns an das Recht halten?“ So denken wir, und das sagen wir auch.

Wir sind ganz sicher, dass das Recht uns spalten wird.

Bombenattentäter-Unteroffiziere, Banden, Disziplinlosigkeit und Regellosigkeit schweißen uns dagegen zusammen.

Daran glauben wir wirklich.

Das sagen unsere politischen Parteien.

Es herrscht eine solche Atmosphäre, dass eine politische Partei, die dafür eintritt, dass sich der Staat an das Recht hält, bei Wahlen eine Niederlage erleiden würde.

Sie würde zum Türkenfeind deklariert.

Wenn alle es so wollen, wenn unser Volk, unsere Parteien, unsere Politiker, unsere Bürokraten, unsere Juristen und unsere Militärs alle gemeinsam ein solches Misstrauen dem Recht gegenüber hegen, dann sollten wir uns nicht an das Recht halten.

Soll uns die Rechtlosigkeit zusammen schweißen und zu einem Ganzen machen.

Entwickeln wir uns mit der Rechtlosigkeit.  
Wenn der Westen das Recht gefunden hat, dann haben wir eben die Rechtlosigkeit gefunden.  
Lasst uns Geschäfte bombardieren.  
Nehmen wir es nicht so wichtig, ob in der Armee Disziplin herrscht oder nicht.  
Sprengen wir jeden Laden im Südosten wie eine Rakete in die Luft.  
Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern, wir haben bereits 16 Staaten zum Untergang gebracht.  
Das sollten wir einmal untersuchen, ob auch diese durch das Recht untergegangen sind.  
Vielleicht sind sie untergegangen, weil sie sich an das Recht gehalten haben.  
Denn das Rechtswesen passt einfach nicht zum Wesen des Türken...  
Wir lieben Bomben mehr als das Recht.  
Dem verdanken wir auch unseren entwickelten Zustand und unsere Integrität.

(gazetem.net, 26.6.06, Übersetzung: ISKU)

## Ereignis-Kalender

### 21 Jahre Haft für Journalistin gefordert

Auf Weisung des Generalstabs sind gegen Birgül Özbaris, Korrespondentin der Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem, in den Jahren 2005 und 2006 sieben Strafverfahren eingeleitet worden. Insgesamt werden gegen die Journalistin nach Paragraph 118 des neuen türkischen Strafgesetzbuches 21 Jahre Haftstrafe wegen „Abkühlung der Beziehung des Volkes zum Militär“ verlangt.

Özbaris ist damit nur eine von mehreren JournalistInnen, die wegen Artikeln über das in der Türkei nicht vorhandene Recht auf Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen strafrechtlich verfolgt werden. Nahezu wegen jeder von ihr verfassten Meldung wird ein Prozess eröffnet. Inkriminiert wird sogar ein Artikel über den Widerstand von Offizieren in Frankreich und Deutschland gegen den Krieg während des ersten Weltkrieges, den sie aus Anlass des Internationalen Tages für Gewissensverweigerer veröffentlichte. Ein Artikel hat sogar zu zwei Strafverfahren geführt, weil sowohl der Generalstab als auch der Staatsanwalt Nihat Erdem in Istanbul-Beyoglu eine Straftat darin vermuteten. Die Überschriften einiger ihrer inkriminierten Artikel lauten: „Weder Militär noch Krieg“, „Schießt nicht auf eure Geschwister“ und „Geht nicht zum Militär“.

Özbaris selbst bezeichnet die gegen sie eingeleiteten Prozesse als „bezeichnend für die tragische Lage der Meinungsfreiheit in der Türkei“.

(ANF, 11. 6.06, ISKU; Yeni Özgür Politika, 12.6.06)

### 510 Strafverfahren gegen die Zeitung Gündem

Bis zum 1. Mai 2006 sind gegen Mitarbeiter und Redaktionsmitglieder der in der Türkei erscheinenden Tageszeitung „Ülkede Özgür Gündem“ 510 Strafverfahren eingeleitet worden. Bisher sind 104 Fälle abgeschlossen, in 58

Fällen kam es zu Verurteilungen einer Geldstrafe in Höhe von insgesamt 328.634 YTL [ca. 163.000 Euro].

Über 400 Prozesse laufen noch. Hinzu kommen die täglich eingeleiteten neuen Strafverfahren. Über 50 Verfahren sind bei der Staatsanwaltschaft anhängig.

(ANF, 16.6.06, ISKU)

### Prozess gegen DTP-Bürgermeister

Im Verfahren gegen 54 BürgermeisterInnen von der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) aufgrund eines Briefes an den dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen, in dem sie sich gegen ein Verbot des kurdischen TV-Senders Roj-TV ausgesprochen haben, hat die Staatsanwaltschaft Diyarbakir Anklage erhoben. Gegen die Angeklagten wird wegen Unterstützung der PKK eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren gefordert.

Der österreichische Ministerpräsident kündigte an, genauere Informationen über den Prozess einzuholen. Gegebenenfalls werde dieser in den Fortschrittsbericht der Türkei im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen einfließen. Auch der dänische Ministerpräsident Rasmussen kritisierte die Prozesseröffnung. Es sei „schockierend“, dass so etwas in einem Land geschehe, das der EU beitreten wolle.

Unter den Angeklagten befinden sich u.a. die Bürgermeister Osman Baydemir (Diyarbakir), Songül Erol (Tunceli), Hüseyin Kalkan (Batman), Metin Tekce (Hakkari) und Ahmet Ertak (Sirnak).

(Milliyet, 15.6.06; ANF, 16.6.06, ISKU)

### Der Rückhalt für eine Westorientierung der Türkei geht zurück

"Fromm, militaristisch und freiheitsfeindlich" seien die Türken, klagt die Zeitung "Radikal". Grund des Ärgers ist eine kürzlich veröffentlichte Meinungsumfrage zweier namhafter türkischer Universitäten (Sabanci und Isik). Soziologen befragten für die Untersuchung 1846 türkische Wähler im März und April in 23 der 81 Provinzen. Dabei zeigte sich unter anderem, dass die Demokratie in der Türkei nicht tief verwurzelt ist. Während sich die Türken von Europa abwenden, finden militaristisch-nationalistische und islamistische Gedanken viele Anhänger. 57 Prozent glauben, dass ein "starker Führer" in der Politik wichtiger sei als Gesetze, 40 Prozent ziehen eine Militärregierung einer gewählten Regierung vor, und jeder zweite Befragte heißt Menschenrechtsverletzungen im Interesse des Staates gut und befürwortet Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Nur noch 57 Prozent wollen den EU-Beitritt (im Vergleich zu 74 Prozent im Jahr 2002).

Weitere Zahlen: 56 Prozent sind der Meinung, die Türkei könne ihre Probleme selbst lösen, nur 29 Prozent geben an, daß die Probleme mit einem EU-Beitritt gelöst werden können.

Dieser Entwicklung entspricht anscheinend ein Trend zu religiösen Anschauungen. 68 Prozent meinen, daß Studentinnen Kopftuch tragen sollten, 65 Prozent würden ihre Tochter keinem "Ungläubigen" zur Frau geben, und ebenfalls 65 Prozent fordern, missionarische Tätigkeiten nichtislamischer Religionen einzuschränken. 31 Prozent wollen die Geschlechter in den Schulklassen trennen. Neun Prozent fordern die Einführung der

Scharia (streng islamisches Recht). Dieser Wert lag früher aber auch schon einmal bei 20 Prozent.

Die Frömmigkeit geht einher mit etwas, was man wahrscheinlich als ein gewisses Maß an Argwohn gegenüber dem Westen bezeichnen muß: 42 Prozent sagen, der massive Tourismus bedroht ihre Moral, 46 Prozent sind der Meinung, Ausländer in der Türkei bedrohen die türkische Kultur, und 67 Prozent sehen einen Generationenkonflikt, weil "die Jugendlichen den Westen bewundern". Mit einem Wort: Der Rückhalt für eine Westorientierung der Politik geht zurück, und jene Stimmen werden lauter, die in der westlichen Kultur eine Gefahr sehen.

51 Prozent der Befragten meint, "auch wenn Meinungsfreiheit ein wertvolles Instrument ist, müssen einige politische Gesinnungen dennoch eingeschränkt werden". 47 Prozent wollen "extremen Gruppierungen" auch dann das Demonstrationsrecht verweigern, wenn sie nicht die öffentliche Ordnung gefährden, 51 Prozent sagen, im Interesse des Landes dürfen Menschenrechte verletzt werden. Knapp 30 Prozent geben an, mit der Demokratie zufrieden zu sein.

(Bremer Nachrichten und Die Welt, 15.6.06)

### **Hungerstreik gegen die „weiße Folter“ in der Türkei**

Mit auf 30 Tage befristeten Hungerstreiks in zahlreichen europäischen Städten will das Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei (TAYAD) gegen die Isolationshaft (weiße Folter), die seit 6 Jahren besteht, protestieren. Der türkische Staat hat sich bisher jedem Gespräch über eine Lösung verweigert. Selbst minimale Schritte zur Veränderung der Haftbedingungen wurden strikt abgelehnt.

Infolge von Todesfasten verloren 122 Personen ihr Leben. Hunderte leiden Wernicke-Korsakoff Syndrom und sind zum Tod auf Zeit verurteilt. Das TAYAD-Komitee, die Organisation der Angehörigen und Freunde politischer Gefangener, will mit seiner aktuellen Initiative nicht zuletzt internationale Delegationen anregen, die in der Türkei Gespräche mit Vertretern der Gefangenen und Verantwortlichen im Staatsapparat führen, um ein Ende der Isolation und ein Ende des Sterbens zu erreichen.

(Bia (Netzwerk), 19.6.05; junge Welt, 20.6.06)

### **Hohe Haftstrafen für Handlanger des Staatsterrorismus**

Zum ersten Mal hat ein Gericht in der Türkei hohe Haftstrafen gegen Soldaten der Armee verhängt, die in einer Art schmutzigem Krieg gegen Kurden vorgegangen waren. Zwei Unteroffiziere wurden am 19. Juni 2006 zu jeweils 39,5 Jahren Haft verurteilt, weil sie im Kurdengebiet einen Bombenanschlag verübt hatten, um dort neue Unruhen zu provozieren.

Bislang waren Mitglieder der Streitkräfte durch Verschleppung von Verfahren und das Abwälzen der Hauptschuld auf informelle Mitarbeiter immer davongekommen, wenn sie zu den so genannten Methoden der Contraguerrilla griffen. Dazu gehörten in der Vergangenheit Entführungen, Bombenanschläge, Morde und Folterungen, die zum Teil als Taten der PKK getarnt wurden und der Eskalation von Gewalt, Einschüchterung der Bevölkerung und nicht zu selten auch der Bereicherung korrupter Offiziere dienten.

Die Urteile des Schwurgerichts in der kurdischen Provinzhauptstadt Van müssen noch vom Obersten Berufungsgericht der Türkei überprüft werden.

Die Verurteilten Ali Kaya und Özcan Ildeniz sind Mitglieder von JITEM, dem Geheimdienst der türkischen Gendarmerie. Sie verübten am 9. November 2005 in Semdinli im Kurdengebiet einen Bombenanschlag auf den Buchladen eines ehemaligen Mitgliedes der PKK. Dabei kam ein Kunde in dem Laden ums Leben. Kaya, Ildeniz und der ebenfalls an der Tat beteiligte PKK-Überläufer Veysel Ates wurden unmittelbar nach der Explosion von einer wütenden Menschenmenge festgehalten. Laut Anklage wollten die beiden Soldaten mit der Gewalttat neue Kurdenunruhen anstoßen und den Weg der Türkei in die EU erschweren. Die Angeklagten wiesen die Vorwürfe zurück. Dass Soldaten der Armee wegen illegaler Umtriebe vor Gericht gestellt und verurteilt werden, ist im EU-Berberland Türkei immer noch sehr ungewöhnlich. Der Fall Semdinli hatte auch deshalb für erhebliches Aufsehen gesorgt, weil der designierte Armeechef Yasar Büyükanit den Hauptbeschuldigten Ali Kaya öffentlich als "guten Jungen" lobte. Der ermittelnde Staatsanwalt wurde auf Druck der Armee entlassen, nachdem er in seiner Anklageschrift auch General Büyükanit erwähnt hatte. Die Anklage gegen die Soldaten wurde anschließend abgeschwächt; der neue Staatsanwalt verzichtete auf den Vorwurf, die Soldaten hätten einen "Anschlag auf die Einheit des Landes" verübt. Verurteilt wurden die Angeklagten schließlich wegen Mordes, Mordversuches und wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die Verkündung des Urteils gegen den PKK-Überläufer Ates wurde auf August vertagt, weil dieser derzeit keinen Anwalt hat.

Als wertvolle Entscheidung für die Demokratie und die Justiz des Landes lobte der Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, Yusuf Alatas, die Urteile. Das Gericht habe die klare Botschaft ausgesandt, dass "schmutzige Angelegenheiten im Namen des Staates" geahndet würden. Auch der sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete Esat Canan, der in der Gegend von Semdinli seinen Wahlkreis hat, beglückwünschte die Richter.

Die Anwälte der Angeklagten kündigten Einspruch gegen die Entscheidung an und warfen dem Gericht in Van vor, sie hätten nur der EU einen Gefallen tun wollen. Beobachtern in Van entging auch nicht, dass der Hauptangeklagte Kaya bei der Urteilsverkündung fehlte. Der von seinen Vorgesetzten so hoch gelobte Unteroffizier hatte sich über Atemwegsbeschwerden beklagt - und wurde mit einem Flugzeug der Armee nach Ankara in ein Militärkrankenhaus gebracht. So vorsorglich sind die Militärs längst nicht mit allen Soldaten, die sich unwohl fühlen.

(Hürriyet und Yeni Özgür Politika, 20. und 21.6.06; FAZ, taz, FR, Salzburger Nachrichten und Bremer Nachrichten, 21.6.06; Jungle World, 28.6.06)

### **Semdinli: Seferi Yilmaz verhaftet**

Seferi Yilmaz, Besitzer des Buchladens Umut in Semdinli, auf den im November vergangenen Jahres ein Anschlag verübt wurde, ist am 20. Juni 2006 verhaftet worden. Einen Tag zuvor hatte er an dem Prozess gegen die Täter des Bombenanschlages teilgenommen, die zu knapp 40 Jahren Haftstrafe verurteilt wurden.

Der Haftbefehl gegen Yilmaz wegen Mitgliedschaft in der PKK basiert auf Aussagen eines Überläufers. Yilmaz hat bereits 15

Jahre als PKK-Mitglied in türkischen Gefängnissen verbracht. Sein Anwalt Cüneyt Canis bezeichnete die Anschuldigungen gegen seinen Mandanten als haltlos und kündigte an, Widerspruch gegen den Haftbefehl einzulegen.

Die Anwälte bezeichneten den Haftbefehl gegen ihren Mandanten als „Vergeltungsakt“.

Der Menschenrechtsverein (IHD) in Istanbul bezeichnete den Haftbefehl gegen Yilmaz in einer schriftlichen Erklärung als „zweifelhafte Entscheidung“. Yilmaz sei als Besitzer des gesprengten Buchladens der wichtigste Zeuge dafür, dass staatliche Kräfte an dem Anschlag beteiligt gewesen seien.

(Yeni Özgür Politika, 21. und 22.6.06, ISKU; DIHA, 21. und 22.6.06)

## Kurdische TV-Sendungen

Joost Lagendijk, Vorsitzender des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei, hat gegenüber Nachrichtenagentur Firat (ANF) gefordert, die Verpflichtung einer türkischen Untertitelung kurdischer Sendungen abzuschaffen. Diese gilt für alle kurdischen Sendungen in Privatsendern in der Türkei. Die Verpflichtung der Untertitelung bedeute außerdem, dass Livesendungen unmöglich gemacht werden.

Lagendijk bezeichnete die Möglichkeit kurdischsprachiger Sendungen in Regionalsendern als positive Entwicklung, bemängelte jedoch die zeitlichen und inhaltlichen Beschränkungen dabei.

Auch die einzigen beiden Regionalsender, Gün-TV in Diyarbakir und Medya-FM in Urfa, die am 23. März erstmalig kurdischsprachige Beiträge gesendet hatten, fordern die Aufhebung dieser Regelung. Wie Cemal Dogan von Gün-TV erklärte, wird der Zeitdruck dadurch immens erhöht. „Für eine Satzungsänderung haben wir vor dem Kassationsgerichtshof einen Prozess angestrengt. Nach zwei Jahren wurde unsere Klage abgewiesen. Im Moment befinden wir uns in der Revision. Wir wollen Sendungen ohne Untertitel und ohne Übersetzung machen.“

(Gündem, 26.6.06, ISKU)

## DTP: Schlüssel zum Frieden

Am 25. Juni 2006 fand in Ankara der 1. Kongress der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) statt.

Ahmet Türk machte auf dem Kongress folgende Vorschläge zur Lösung der kurdischen Frage:

- Ausarbeitung einer neuen Verfassung, Änderung des Parteiengesetzes, Rücknahme des Entwurfs für ein Antiterrorgesetz; Gewährleistung von Meinungs- und Organisierungsfreiheit
- Erlass einer politischen Generalamnestie; Aufhebung der Isolation in allen Gefängnissen einschließlich Imrali
- Gewährleistung der Rückkehr in entvölkerte Dörfer sowie menschenwürdiger Lebensbedingungen für Dorfrückkehrer; Aufhebung des Dorfschützersystems –
- Ausarbeitung und Umsetzung eines Entwicklungsplans unter Berücksichtigung der ungerechten Einkommensverteilung, der Arbeitslosigkeit sowie der Ausnahmezustandsbedingungen in der Region.

Der Co-Vorsitzende Aysel Tugluk: "Wenn wir zum Thema Frieden und Demokratie zu einem Konsens kommen wollen, brauchen wir auch eine Mindestübereinstimmung zum Thema PKK. Keine Friedensstrategie, die die PKK außen vorhält, kann Erfolg haben. Manche unserer Freunde denken, dass die PKK in einem Programm für eine demokratische Lösung keinen Platz hat, weil sie Gewalt anwendet. Diese Meinung kann man haben, sie kann als These vorgetragen werden, aber sie passt nicht zur objektiven Lage. Der seit 30 Jahren andauernde Konflikt hat soziale und politische Fakten geschaffen. Die PKK ist eine der Parteien in diesem Entwicklungsprozess. Sie ist die einzige bewaffnete Organisation in Europa, die ihre Existenz aufgrund der kurdischen Frage fortsetzt. Schätzungsweise verfügt diese Organisation neben ihren bewaffneten Kräften über knapp 35 000 Kader, die u.a. in Europa und anderen Ländern auf professionelle Weise in der zivilen, kulturellen und politischen Arbeit tätig sind. Auch das ist ein Fakt. Damit hält sie nicht nur die politische Dynamik der kurdischen Bewegung in der Türkei in der Hand, sondern ist gleichzeitig innerhalb der kurdischen Gesellschaft im Iran, in Syrien und dem Irak politisch und militärisch tätig."

Bereits im Vorfeld des Kongresses war vom Parteivorstand beschlossen worden, das System der Doppelspitze im Parteivorsitz formell aufzuheben und in der Praxis fortzusetzen. Erwartungsgemäß wurde Ahmet Türk als einziger Kandidat von den 701 Delegierten ohne Gegenstimmen bei 15 ungültigen Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Aysel Tugluk erhielt 636 Stimmen und behält somit ihre Position in der Praxis bei. Neben dem Parteivorsitz wurde ein 60-köpfiger Parteirat gewählt. Darunter sind 23 Frauen sowie sechs Kandidaten aus dem Jugendrat der Partei. Die Satzung der DTP sieht eine Frauenquote von 40 Prozent vor.

Unter anderem hat die Oberstaatsanwaltschaft am Kassationsgerichtshof der Türkei zwecks Untersuchung der Reden auf dem Kongress der DTP in Ankara Informationen von der Polizei angefordert. Die Untersuchung durch den Kassationsgerichtshof ist voraussichtlich der wichtigste Teil der seit längerer Zeit vorbereiteten Verbotsinitiative gegen die DTP.

(DIHA, 25. u. 26.6.2006, ISKU; ANF, 26.6.06; Yeni Özgür Politika, 26. und 27.6.2006)

## Anti-Terrorgesetz verabschiedet

Das türkische Parlament hat am 29. Juni 2006 ein umstrittenes Anti-Terrorgesetz verabschiedet, mit dem ein wirksamerer Kampf gegen die PKK ermöglicht werden soll. Kritiker befürchten, dass Menschenrechte sowie Presse- und Meinungsfreiheit im EU-Kandidatenland Türkei dadurch eingeschränkt werden.

Das auf Betreiben der Militärführung zu Stande gekommene Gesetz statet Polizei und Armee mit größeren Vollmachten aus. So soll der Schusswaffengebrauch für die Sicherheitskräfte erleichtert werden. Die Rechte Festgenommener werden eingeschränkt. Verurteilte können nicht mehr damit rechnen, dass ihre Strafe zur Bewährung ausgesetzt oder in eine Geldstrafe umgewandelt wird.

Erheblich ausgeweitet wird das Spektrum der Straftatbestände, die als Terrordelikte mit verschärften Strafen geahndet werden können. Die Staatsanwaltschaft erhält das Recht, Publikationen, die zu Straftaten anstiften oder Straftaten und Straftäter loben, zu verbieten. Diese Vergehen wurden zu Delikten mit terroristischem Hintergrund, ebenso wie die Entfremdung der

Bevölkerung vom Militärdienst und die Anstiftung zur Befehlsverweigerung. Die Sicherheitskräfte können, falls der Aufforderung, sich zu stellen, nicht sofort nachgekommen wird, von ihren Schusswaffen Gebrauch machen. Bei Angriffen auf Angehörige der uniformierten Kräfte (auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienst) können diese ihre Waffen einsetzen. Personen, die sich während Demonstrationen verummern, Zeichen von Organisationen bei sich tragen, Parolen von Organisationen rufen oder in Einheitskleidung der Organisationen demonstrieren, werden bestraft. Die Landgerichte, die sich mit „terroristischen“ Straftaten befassen, richten auch über Jugendliche, die älter als 15 Jahre sind. Haftstrafen, die nach dem Anti-Terror-Gesetz verhängt werden, können nicht in Geldstrafen verwandelt und nicht zur Bewährung ausgesetzt werden.

Selbst eine gewaltfreie Meinungsäußerung kann als terroristische Propaganda gewertet werden, wenn sie sich mit dem Programm oder den Zielen einer Terrorgruppe deckt. Deshalb muss ein Journalist künftig mit einer Anklage nach dem Anti-Terrorgesetz rechnen, wenn er sich in der Debatte über die Kurdenfrage für eine Generalamnestie für alle PKK-Mitglieder ausspricht - denn dies wird auch von der PKK gefordert. Im Zuge der EU-Reformen hatte die Türkei in den vergangenen Jahren die früher üblichen Gefängnisstrafen für Journalisten aufgrund von "Meinungsdelikten" abgeschafft und dafür Applaus aus Brüssel erhalten. Nun kehrt die Androhung von Haftstrafen zurück. Bis zu siebeneinhalb Jahre Knast riskiert ein Journalist, wenn er wegen "Propaganda" verurteilt wird. Chefredakteuren und Verlegern drohen hohe Geldstrafen, zudem kann eine Zeitung oder ein Fernsehsender schon auf Anordnung eines Staatsanwalts vorübergehend verboten werden.

Menschen- und Freiheitsrechte würden durch das Anti-Terrorgesetz erheblich beschnitten, warnte der türkische Menschenrechtsverein IHD, und auch Amnesty International übte scharfe Kritik an den Plänen der Regierung in Ankara. Der Juristenverband CHD warf dem Parlament vor, es handele auf Befehl der Armee.

Ahmet Türk, Vorsitzender der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) hat in einer schriftlichen Erklärung das am 29. Juni im Parlament verabschiedete neue Antiterrorgesetz in der Türkei scharf kritisiert und zu zivilem Ungehorsam aufgerufen. Das Gesetz besneide die Meinungs- und Organisierungsfreiheit, erlaube den Schusswaffeneinsatz durch Sicherheitskräfte und sei weniger ein Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus als ein Gesetz zur Bekämpfung der Kurden.

Justizminister Cemil Cicek bekräftigte am selben Tag, dass eine Beschneidung von Grundrechten nicht beabsichtigt sei. Man habe sich bei der Ausarbeitung des "unangenehmen" Gesetzes um eine "Balance" zwischen Sicherheitsanforderungen und Freiheitsrechten bemüht.

(Hürriyet und Yeni Özgür Politika, 23.6.06; Standard und Bremer Nachrichten, 29.06.2006; Yeni Özgür Politika, Hürriyet, Milliyet und Die Presse, 30.6.06; Wiesbadener Zeitung und DIHA, 1.7.06)

## **Erdogan: Islamophobie ist Verbrechen gegen Menschlichkeit**

Anstiftung zur Islam-Feindlichkeit sollte nach Einschätzung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden. "So wie Antisemitismus ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist,

sollte auch Islamophobie (Vorurteile oder feindselige Haltung gegen Muslime) betrachtet werden", sagte Erdogan am 28. Juni 2006 in Straßburg vor dem Europarat.

Der türkische Premier warnte in seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vor einer zunehmenden Islam- und Fremdenfeindlichkeit in der Welt, in der "wir Muslime uns immer stärker belagert fühlen". Mit Hinweis auf die Affäre um dänische Mohammed-Karikaturen sagte Erdogan, man dürfe Meinungsfreiheit nicht mit Beschimpfungs-Freiheit verwechseln. Diese Affäre zeige nicht nur einen "mangelnden Respekt vor religiösen Überzeugungen", sondern sei Zeichen einer "wachsenden und gefährlichen Polarisierung zwischen der westlichen und der islamischen Welt".

Auf Fragen von Europarats-Abgeordneten über den Schutz der Menschenrechte und religiöser Minderheiten in der Türkei ging Erdogan nicht ein. In der Versammlung stand im Zusammenhang mit Erdogans Besuch eine Entschließung über Meinungsfreiheit und religiöse Toleranz zur Debatte.

(Die Presse und Handelsblatt, 28.6.06; Die Welt, 29.6.06)

## **Eine Zeitung und „Verbrannte Menschheit“**

Das 2. Strafgericht Beyoglu hat die Beschlagnahmung der Ausgabe vom 28. Juni 2006 der in Istanbul erscheinenden Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem angeordnet. Anlass ist ein Artikel unter der Unterschrift „Die Menschheit wird verbrannt“, in dem anhand von Fotos belegt wird, dass der HPG-Kämpfer Abbas Emani nach seiner Gefangennahme verhört und anschließend hingerichtet und verbrannt wird.

Im Gerichtsbeschluss heißt es, die „Sicherheitskräfte“ würden mit dem Artikel „zur Zielscheibe“ gemacht. Damit wird gleichzeitig von offizieller Seite bestätigt, dass es sich bei den Mördern Emanis um Sicherheitskräfte handelt.

(Ülkede Özgür Gündem, 28. und 29.6.06; Yeni Özgür Politika, 29.6.06; ANF, 30.6.06, ISKU)

## **Stopp der EU-Beitrittsgespräche mit Türkei denkbar**

Die Europäische Union (EU) könnte nach den Worten von Erweiterungskommissar Olli Rehn die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ganz aussetzen. Grund sei der andauernde Konflikt der Regierung in Ankara mit dem EU-Mitglied Zypern, sagte Rehn am 28. Juni 2006 der finnischen Nachrichtenagentur STT. "Diese Möglichkeit besteht", sagte Rehn. Er sei Realist und habe versucht, vor einer Kollision in den Verhandlungen zu warnen. Er hoffe jedoch, dass die EU nicht zu diesem Mittel greifen müsse.

Die türkische Regierung weigert sich beständig, Schiffe und Flugzeuge aus Zypern anlegen bzw. landen zu lassen. Das verstößt der EU zufolge gegen ein im vergangenen Jahr von der Türkei unterzeichnetes Abkommen zur Ausweitung der Zollunion auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten. Die Türkei erkennt die Regierung Zyperns nicht an und unterstützt dagegen die Regierung des türkisch besetzten Nordens der geteilten Insel. Eine Woche zuvor hatte der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan die Position seiner Regierung in dem Konflikt bekräftigt und erklärt, er nehme auch einen Stillstand der Beitrittsverhandlungen in Kauf.

Am 28.6.2006 hatten die Botschafter der 25 EU-Staaten beschlossen, mit Kroatien - nicht aber mit der Türkei - Gespräche über die Zollunion zu führen. Damit muss die Türkei erstmals seit Beginn der Verhandlungen wegen des Zypern-Streits Verzögerungen akzeptieren.

Finnland übernahm die Ratspräsidentschaft der EU am 1. Juli für 6 Monate. Der finnische Außenminister Erkki Tuomioja erklärte: „Bis spätestens Ende des Jahres muss die Türkei endlich das EU-Mitglied Zypern anerkennen und die Zollunion umsetzen: Jeder in der Union erwartet, dass die Türkei das entsprechende Abkommen ratifiziert. Wenn nicht, könnte das Konsequenzen haben. Das ist keine Drohung, aber wir hätten ein ernstes Problem, das sogar die Fortführung der Beitrittsverhandlungen gefährden könnte.“

(Yeni Özgür Politika, 22.6.06; Standard, 29.6.06; Deutsche Welle, 1.7.06)

## Haftstrafen für Zeugen des Krieges

Fünf MitarbeiterInnen der "Östlichen Wissenschaftlichen und Kulturellen Forschungs kooperative" in Diyarbakir wurden im Mai 2006 vor dem 4. schweren Strafgericht Diyarbakir zu einer 20monatigen Haftstrafe und 1000YTL Geldstrafe verurteilt. Anlass war eine Ausstellung, die im Juli 2005 im Rahmen des Diyarbakir Kulturfestivals unter dem Motto "die Zeugen des Krieges erzählen" gezeigt wurde. In ihr wurden die Lebensgeschichten von Menschen, die im Krieg ihr Leben verloren haben, dargestellt. Grundlage für die Ausstellung waren Gespräche mit Familienangehörigen sowohl von gefallen Guerillas als auch Soldaten, von Menschen die von unbekanntem Tätern verschleppt oder bei der Festnahme und Folter umgebracht wurden, und von Menschen die durch Selbstjustiz von der eigenen Organisation getötet wurden. Ziel der Ausstellung war, die zerstörerische Wirkung des Krieges aufzuzeigen und dabei die verstorbenen Menschen und ihrer Angehörigen in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Ausstellung erhielt ein positives Echo in der landesweiten Presse, wurde jedoch auf Anweisung der Staatsanwaltschaft am zweiten Tag durchsucht, die Ausstellungsgegenstände beschlagnahmt und mehrere MitarbeiterInnen festgenommen (vom Haftrichter später wieder freigelassen).

Um die MitarbeiterInnen der "Östlichen Wissenschaftlichen und Kulturellen Forschungs kooperative" zu unterstützen, wurde eine Unterschriftenkampagne in Internet gestartet. Dort finden sich auch noch weitere Texte, wie der Aufruf, die Anklage und Arbeitsgrundlagen (Fragestellungen) der Ausstellung. (die Texte sind zum Teil auf englisch und deutsch übersetzt, zum Teil noch in Arbeit).

Die Kampagne soll die Arbeit der Östlichen Wissenschaftlichen und Kulturellen Forschungs kooperative unterstützen und ist ein Beitrag im Kampf für Meinungsfreiheit. Unterschriftenkampagne zur Unterstützung der MitarbeiterInnen der in Diyarbakir ansässigen "Östlichen Wissenschaftlichen und Kulturellen Forschungs kooperative".

(<http://www.ortadogutarih.org/>)

## Türkei greift Kurdengebiet in Nordirak an

„Die türkische Armee hat erneut Dörfer in der Autonomen Region Kurdistan im Norden des Irak angegriffen. Die Nachrichtenagentur ‚Stimmen des Irak‘ berichtete, die Ortschaften Barch, Sinad, Dihone, Qurok und Tacha seien von türkischen Artilleriegeschossen getroffen worden.. Menschen kamen dabei offenbar nicht zu Schaden. In den angegriffenen Dörfern haben in den vergangenen Monaten viele irakische Christen Zuflucht gefunden. Diese assyro-chaldäischen Iraker waren vor dem Terror islamischer Extremisten aus anderen Landesteilen in die kurdische Autonomiezone geflohen. Bereits Ende Mai hatte die türkische Armee zwei von christlichen Assyro-Chaldäern bewohnte Ortschaften, die Dörfer Dore und Kani Masi, angegriffen.“

(FR, 8.7.06)

## Neuerscheinungen

### Reformen, Widersprüche und bittere Armut IPPNW-Delegationsbericht vom 12.-25.3.2006

„Seit wir zurück sind, haben sich in der Türkei die Ereignisse überschlagen. In Diyarbakir und anderen Städten kam es zu massiver Gewalt mit Toten und Verwundeten und Hunderten von Inhaftierten. Viele der Opfer sind Kinder und Jugendliche. Der Justizminister hat ein scharfes Antiterrorgesetz von 1991 wieder aus der Schublade geholt. Nationalismus, Hass und Vergeltung sind an der Tagesordnung; Demokratie, Versöhnung und Frieden in weite Ferne gerückt“, heißt es im Editorial des Berichtes, der die Stationen in Diyarbakir, Batman, Hasankeyf, Mardin, Kiziltepe, Urfa, Antep, Adana und Izmir aufweist.

Der 60-Seite starke Bericht kann bestellt werden bei: [penteker@t-online.de](mailto:penteker@t-online.de) oder [ipnw@ipnw.de](mailto:ipnw@ipnw.de).

### \* Wegkommen – Ankommen

### \* Hoffnung säen

### \* Lebensarten

sind Titeln der neuen Bücher der edition Körper-Stiftung, die über die Migrationsgeschichten und Alltagsleben der Flüchtlinge in Deutschland berichten und erzählen.

edition Körper-Stiftung; [edition@Körper-Stiftung.de](mailto:edition@Körper-Stiftung.de), Fax: 040-808192-304

## Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, [azadi@t-online.de](mailto:azadi@t-online.de); [www.nadir.org/azadi/](http://www.nadir.org/azadi/)

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, [info@tuerkeiforum.net](mailto:info@tuerkeiforum.net), [www.tuerkeiforum.net](http://www.tuerkeiforum.net)

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., [isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org); [www.nadir.org/isku/](http://www.nadir.org/isku/)

Kurdistan Report, [www.kurdistanreport.de](http://www.kurdistanreport.de)

Kurdistan Rundbrief, [www.kurdistan-rundbrief.de](http://www.kurdistan-rundbrief.de)

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), [kdi@gmx.net](mailto:kdi@gmx.net)

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), [kds-info@gmx.net](mailto:kds-info@gmx.net)

Mezopotamian Development Society, [MESOP@online.de](mailto:MESOP@online.de)

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., [info@navend.de](mailto:info@navend.de), <http://www.navend.de/>

Kurdisches PEN-Zentrum, [webmaster@pen-kurd.org](mailto:webmaster@pen-kurd.org), <http://www.pen-kurd.org/>